

haltig zu unterstützen. Diese Vermutung wurde durch die Urteilsbegründung bestätigt, nach der der „Bürger Tschidimbo“ zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt wurde, „weil er seine Hilfe der Unterstützung eines Unternehmens gewährte, das auf den brutalen Umsturz der Volksregierung zielte“. Tatsache ist, daß am 25. Dezember die „Stimme der Revolution Guineas“ eine „Weihnachtsbotschaft an alle Völker“ ausstrahlte, die eine sehr polemische Note hatte („Afrique Nouvelle“, 6. 1. 71). Darin hieß es, daß die Christen *Portugals* jetzt ihre Tat (die Invasion) vor der gesamten Christenheit und Menschheit zu erklären und zu verantworten hätten. „Solch schreckliche und große Missetaten, die im Namen Christi begangen wurden, dürften nicht ungestraft hingegenommen werden. Sie müssen in der ganzen Christenheit auf Bestürzung stoßen, sofern diese Christenheit nicht selbst in eine Todsünde gehen will, indem sie zur Komplizin jener (d. h. der Portugiesen) wird, die nichts anderes kennen, als Verbrechen gegen die Menschheit zu begehen . . . Der Gott der Christen kann kein Gott des Verbrechens sein. Ihr seid bereits durch die Völker verurteilt worden, denn die Stimme des Volkes ist ja die Stimme Gottes. Das heroische Volk der Guineaner kann keine Scheinheiligkeit unterstützen. Das guineanische Volk kann nicht zulassen, daß solch gewaltige Schand-

taten mit dem Mantel der Religion gedeckt werden. Das guineanische Volk achtet die Sitten und Gesetze anderer Völker, es kann aber nicht dulden, daß einige skrupellose Banditen das Christentum mit ihrer Barbarei besudeln. Am 25. Dezember, an Weihnachten, erwartet das Volk Guineas, daß die ganze Christenheit, in Treue zu Christus, sich konkret gegen die Frevel des Imperialismus wendet, indem sie ohne Verzug den Imperialismus allgemein und die portugiesischen Horden im besonderen verurteilt und allen kolonialen Besetzungen Afrikas ein definitives Ende setzt.“ Die Radiobotschaft endete mit den Worten: „Christen aller Länder, erhebt euch, um das imperialistische Monster zu zerstören. Das ist der Kreuzzug, zu dem Christus euch auserkoren hat“ („Afrique Nouvelle“, 6. 1. 71).

Was will Seku Touré?

Wenn sich Tschidimbo dennoch weigerte, sich zu einem Instrument der guineanischen Staatspropaganda zu machen, und diese Weigerung zu seiner Verhaftung geführt hat — und dafür bestehen klare Anzeichen —, so liegen die Gründe für das gespannte Verhältnis zwischen Regierung und Kirche tiefer. Was Seku Touré offensichtlich vorschwebt, ist eine guineanische *Nationalkirche* nach dem Vorbild der Volksrepublik

China in den fünfziger Jahren. Dieses Bestreben wird in Guinea (wie einst in der Volksrepublik China) von der ausgeprägten Xenophobie und der isolationistischen Haltung Präsident Tourés unterstützt. Diese Tendenz wird bestätigt durch Hinweise im „Afrique Nouvelle“ (28. 1./3. 2. 71), das aus dem Manifest eines „Spezialkomitees von Katholiken“ Guineas zitiert, die sich als „Kämpfer Christi und Kämpfer des Parti Democratique de Guinée“ (der Einheitspartei Seku Tourés) bezeichnen und ankündigen, die „Wiedergesundung der Kirche“, die jetzt begonnen habe, im Sinn ihrer Partei bis zum Ende fortzusetzen. Doch weder die politische Lynchjustiz, die zu dem Urteil von Conakry führte, noch die erklärte Absicht einer „Zwangsnationalisierung“ der Kirche und der Ausrottung vermeintlicher oder wirklicher politischer Gegner hinderten Seku Touré in seiner Antwort auf den Protest des Papstes, Paul VI. seiner „tiefen Gläubigkeit“ und seines „Respektes vor den Freiheiten und Rechten des Menschen“ zu versichern (vgl. „La Croix“, 31. 1. 71).

Durch die sofortige Ernennung eines direkt Rom unterstellten Apostolischen Administrators hat Rom den institutionellen Rest von Kirche in Guinea zunächst einmal gerettet. Was aber beim Fortbestehen des jetzigen Regimes davon übrigbleibt, ist völlig ungewiß.

Vorgänge und Entwicklungen

Der deutsche Arbeitskreis für Entwicklung und Frieden

Im April vergangenen Jahres führte ein Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit ein mehrtägiges *Hearing* über die Prinzipien der Entwicklungspolitik in der Zweiten Entwicklungsdekade durch. Dabei wurden auch Vertreter der beiden Kirchen gehört. Im Oktober 1970 fand die Gründungsversammlung der „Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung“ statt, der die katholische Kirche durch den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz beigetreten ist. Im gleichen Monat wurde Bischof Tenhumberg von Münster in das neugebildete „Deutsche Forum für Entwicklungspolitik“ berufen.

Diese Vorgänge beleuchten, daß die Behandlung aktueller Fragen der Friedens- und Entwicklungsarbeit sowie der Friedens- und Entwicklungspolitik in ein Stadium institutionalisierter gesellschaftlicher Auseinandersetzung und Meinungsbildung getreten ist. Gerade in diesen Sachbereichen wird von den Kirchen eine besondere Mitarbeit er-

wartet, weil gerade sie zu den anstehenden ethischen und theologischen Problemen, aber auch zu den sozialen und politischen Implikationen beider Themenbereiche aufgrund ihrer Wertvorstellungen und nicht zuletzt — besonders auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe — aufgrund langjähriger praktischer Tätigkeit Wichtiges zur Diskussion beisteuern und auch umgekehrt Ergebnisse dieser Zusammenarbeit für die Meinungsbildung in den katholischen Raum umsetzen können.

Auf katholischer Seite hat der Katholische Arbeitskreis für Entwicklung und Frieden bei der Vorbereitung sowohl der Stellungnahmen im Bundestag als auch des Beitritts kirchlicher Repräsentanten zur Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung und zum Deutschen Forum für Entwicklungspolitik *Vorarbeiten* geleistet. Diesem Arbeitskreis, über dessen Existenz bisher der katholischen Öffentlichkeit noch wenig bekannt ist, kommt daher als Koordinierungsinstrument für den

katholischen Beitrag an der gesamtgesellschaftlichen Diskussion eine wichtige Funktion zu.

Struktur und Aufgabenstellung des Arbeitskreises

Der Arbeitskreis wurde Ende 1967 als eine Art Arbeitsgemeinschaft der mit der kirchlichen Entwicklungshilfe unmittelbar befaßten katholischen Institutionen und Organisationen geschaffen. Schon bald nach der Gründung des Werkes MISEREOR war der Wunsch nach einer solchen Koordination aufgekommen. Je mehr die Entwicklungshilfe Probleme deutlich machte, die einer Abstimmung und grundlegenden Klärung bedurften, um so dringlicher erschien von den Anforderungen der Praxis her ein ständiger Gesprächskontakt mit der Absicht, die politischen Aspekte der Entwicklungsarbeit der Kirche gemeinsam anzugehen und Ansätze für ein strategisches Konzept zu entwerfen.

So kam es zu einer *Initiative des Kommissariates der Deutschen Bischöfe*, des Werkes MISEREOR und des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Mit dem Erscheinen der Enzyklika „*Populorum progressio*“ am 26. März 1967 erhielten diese Bestrebungen eine nachhaltige Unterstützung. In Rom wurde die Päpstliche Kommission *Justitia et Pax* gegründet. Nach dem Wunsch des Papstes sollten ähnliche Kommissionen in den einzelnen Ländern geschaffen werden, um die Gedankengänge der Pastoralkonstitution „*Die Kirche in der Welt von heute*“ des Konzils und die Anregungen der Enzyklika aufzugreifen, sie in die Auseinandersetzungen um die weltweit gewordenen sozialen Fragen, die internationale Handelspolitik und die Unabhängigkeitsbestrebungen der Völker der Dritten Welt einzubringen und für die Bewußtseinsbildung nutzbar zu machen. Daraufhin erhielt der zunächst als Beratungs- und Informationsorgan der Träger vorgesehene Gesprächskreis im September 1967 von der Bischofskonferenz den Auftrag, als deutsche *Justitia-et-Pax-Kommission* tätig zu werden und den Kontakt mit der Päpstlichen Kommission sowie mit den bisher rund 50 nationalen Kommissionen anderer Länder aufzunehmen.

Diese Ausweitung des Tätigkeitsfeldes brachte zugleich einige wesentliche Änderungen mit sich: Dem Arbeitskreis wurde aufgetragen, sich auch den Problemen der Friedensarbeit sowie der nationalen und internationalen Friedenspolitik anzunehmen. Außerdem wurden das Werk ADVENIAT, der Deutsche Caritasverband, das Päpstliche Werk der Glaubensverbreitung und die Pax-Christi-Bewegung in den Trägerkreis einbezogen. Der Arbeitskreis nennt sich daher „*Katholischer Arbeitskreis für Entwicklung und Frieden*“, während bei den vorbereitenden Gesprächen zunächst erwogen worden war, als Bezeichnung „*Arbeitskreis für Entwicklungshilfe*“ oder „*Arbeitskreis für Entwicklungspolitik*“ zu wählen.

Inzwischen hat der Arbeitskreis weitere Tätigkeiten übernommen. Ihm ist gegenüber dem Verband der Diözesen das Vorschlagsrecht hinsichtlich der globalen Aufteilung kirchlicher Haushaltsmittel eingeräumt worden, soweit diese für Zwecke der Entwicklungshilfe oder der Not- und Katastrophenhilfe gegeben werden.

Diese *Erweiterungen* haben keineswegs zur Folge gehabt, daß der Arbeitskreis damit nur noch als Ausführungsorgan der Bischofskonferenz tätig werden kann. Die Konzeption der gleichberechtigten Trägerschaft ist erhalten geblieben. Da eine Institutionalisierung bisher nicht realisierbar war,

haben die Träger unter sich die organisatorischen Aufgaben aufgeteilt. Das Katholische Büro in Bonn hat der Geschäftsführung des Arbeitskreises seine Postanschrift zur Verfügung gestellt. Vorsitzender ist noch aus seiner Tätigkeit als Leiter des Katholischen Büros in Bonn der jetzige Bischof von Münster, *H. Tenhumberg*.

Der Arbeitskreis beschränkt sich in seiner Tätigkeit bewußt auf die Behandlung übergeordneter Fragen, die alle Mitglieder gleichzeitig angehen. Der Mittel- und Personaleinsatz selbst wird von den einzelnen Werken in eigener Regie und Verantwortung durchgeführt. Bezüglich der auf die *sozialökonomische* Entwicklung hin orientierten Hilfe übernimmt MISEREOR die Prüfung der Hilfesuche sowie die Abwicklung und Evaluierung der Projekte. Es ist damit für die sachgemäße Verwendung der über die katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel (seit 1962: 318 Mill. DM), der aus kirchlichen Haushalten kommenden Beiträge (1970: 11 Mill. DM, 1971: 13,5 Mill. DM) und schließlich der aus Spendenaktionen aufgebrachten Mittel (seit 1959 rd. 730 Mill. DM) verantwortlich. Was den personellen Einsatz von Entwicklungshelfern angeht, steht auf katholischer Seite die Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH) für die Vorbereitung, Vermittlung und Betreuung zur Verfügung (bisher rd. 1400 ausgesandt).

Die in diesem Zusammenhang wichtige Not- und Katastrophenhilfe für Entwicklungsländer führt der Deutsche Caritasverband durch. Ihm sind dafür seit 1968 rd. 44 Mill. DM aus Spendenmitteln, 23 Mill. DM vom Bund (seit 1968 für Nigeria) und 7 Mill. DM (1970) aus kirchlichen Haushaltsmitteln (weitere 7 Mill. DM für 1971 bewilligt) zugeflossen.

Die Vorhaben der *missionarischen und pastoralen* Hilfe werden über das Päpstliche Werk der Glaubensverbreitung, den Missionsrat, die Missionsgesellschaften, die Diözesen und — bzgl. der pastoralen Hilfe für Lateinamerika — über das Werk ADVENIAT abgewickelt. Die ADVENIAT-Hilfe hat inzwischen die Gesamtsumme von 400 Mill. DM erreicht. Für die Missionsarbeit sind im Jahre 1970 aus kirchlichen Haushaltsmitteln rd. 27 Mill. DM zur Verfügung gestellt worden. Diese Aktivitäten haben ebenfalls — wie das schon immer der Fall war — eine nicht zu unterschätzende entwicklungspolitische Relevanz.

Mobilisierung von Sachverstand

Für den Bereich der Friedensarbeit fehlt bisher ein entsprechender Unterbau mit jahrelangen praktischen Erfahrungen an konkreten Projekten. Das wirkt sich nicht unwesentlich auf die Behandlung der Friedensfragen aus. Die Diskussion ist hier naturgemäß weit mehr von theoretischen Überlegungen bestimmt, zumal in der öffentlichen Auseinandersetzung ideologisch bestimmte Grundüberzeugungen aufeinanderprallen und die Verständigung erschweren. Allerdings zeigt auch die Meinungsbildung innerhalb der beiden Kirchen bezüglich der Friedensarbeit und der Entwicklungshilfe zusehends plurale Züge, die zu kontroversen Standpunkten führen. Dem Arbeitskreis entsteht damit die wichtige Aufgabe, diesen Meinungsgruppen innerhalb der katholischen Kirche eine Diskussionsplattform zu bieten.

Besonders ist im Bereich der Friedensarbeit noch zu klären, was Friedens- bzw. Konfliktforschung bedeutet, welche

Zielvorstellungen zu formulieren sind und welche konkreten Friedensprojekte gefördert werden können. Aus diesem Grunde hat der Arbeitskreis für die Erörterung aktueller Problemfelder Sektionen geschaffen, in die jeweils 30 bis 50 Fachleute berufen worden sind.

Den breit gefächerten Mitgliederstamm der Sektion Entwicklung bilden Sachverständige aus den kirchlichen Werken, Experten aus Institutionen der wirtschaftlichen und personellen Entwicklungshilfe, Historiker, Wirtschaftswissenschaftler, Missionsfachleute und nicht zuletzt Politiker und Publizisten. Die Geschäftsführung wird vom Sozialreferenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken wahrgenommen.

Der Sektion Frieden stehen Fachleute für außen- und sicherheitspolitische Fragen, Politologen, Theologen und Völkerrechtler sowie Vertreter verschiedener Friedensdienste neben Politikern und Publizisten zur Verfügung. Die Sektion wird von einem Mitarbeiter des Katholischen Büros geschäftsführend betreut. Darüber hinaus hat der Arbeitskreis eine *Wissenschaftliche Kommission* berufen. Ihr Vorsitzender ist der Bonner Moraltheologe Prof. F. Böckle. Die Vielschichtigkeit der Fragestellungen verlangt eingehende wissenschaftliche Untersuchungen über zugrunde liegende wirtschaftliche, rechtliche, politische, ethische und theologische Probleme. Selbstverständlich kann die Kommission kein wissenschaftliches Institut ersetzen. Ihre Aufgabe ist vielmehr, einen interdisziplinären fachwissenschaftlichen Gesprächskontakt zu knüpfen, zu aktuellen und grundsätzlichen Fragen der Entwicklungs- und Friedensarbeit Stellung zu nehmen und Forschungsaufträge an geeignete Wissenschaftler bzw. Institute zu vergeben.

Von allen „Organen“ dieses Arbeitskreises befindet sich die Wissenschaftliche Kommission noch am stärksten im Stadium des Experiments und des Aufbaus. Eine besondere Schwierigkeit kommt hinzu. Je mehr die öffentliche Diskussion aktuelle Fragen aus dem Bereich von Entwicklung und Frieden aufgreift und sich dabei emotional aufgeladene und vom Denkansatz her gegensätzliche Vorstellungen entwickeln, um so dringender ist in solchen Fällen eine fundierte wissenschaftliche Bearbeitung und Klärung. Das aber ist — zumal es auch um interdisziplinäre Abstimmungen geht — nicht so schnell wie erwünscht, sondern erst nach längeren Vorarbeiten möglich.

Die Struktur des Katholischen Arbeitskreises zeigt, daß das geschaffene Koordinationsgitter einen nicht zu unterschätzenden Vorteil hat. Die unterschiedlichen Fragestellungen aus dem Gebiet der Entwicklungshilfe und Friedensarbeit werden auf diese Weise sowohl von den Vertretern der operationalen Seite als auch von Wissenschaftlern und Experten verschiedener Sachbereiche diskutiert. Über die Trägerinstitutionen ist der ständige Kontakt sowohl zur Bischofskonferenz als auch zu den Gremien und Organisationen der Laienarbeit gegeben. Damit wird ein gewisser Kontrollmechanismus im Meinungsbildungsprozeß wirksam, der Theorie und Praxis zur ständigen kritischen Reflexion zwingt.

Die Problemfelder

Die Fülle der Problemfelder, denen sich der Arbeitskreis annimmt, wird am Arbeitsprogramm der Sektionen und der Wissenschaftlichen Kommission deutlich:

Die *Sektion Entwicklung* hat im vergangenen Jahr eine Stellungnahme zur Nahrungsmittelhilfe erarbeitet. Sie

wendet sich nun den Fragen zu, die in der sogenannten Zweiten Dekade der Entwicklungspolitik zur Behandlung anstehen. Dazu gehören die Problematik der Bevölkerungsexplosion und der Familienplanung, die Intensivierung der Partnerschaftsbeziehungen, die Beurteilung privatwirtschaftlicher Tätigkeit der Industrieländer in der Dritten Welt und nicht zuletzt Überlegungen zur weiteren Rolle der Kirche im Entwicklungsprozeß. Die *Sektion Frieden* behandelt neben Problemen aus dem Bereich der Entwicklungsarbeit — etwa den Auswirkungen des Schwarz-Weiß-Konfliktes in Afrika oder des Nigeria-Biafra-Krieges — vor allem auch Fragen der Menschen- und Gruppenrechte und Probleme des humanitären Völkerrechts. Ferner beschäftigt sie sich mit der Koordination der Friedensdienste, mit Überlegungen zur Situation ausländischer Arbeitnehmer und Emigranten und mit Fragen bestimmter Minderheiten.

Von den Forschungsprojekten, die die Wissenschaftliche Kommission bereits in Auftrag gegeben hat oder derzeit vorbereitet, sind zu nennen: Untersuchungen zum Schwarz-Weiß-Konflikt im südlichen Afrika, Analysen über die Auswirkungen der kirchlichen Entwicklungshilfe und der Maßnahmen der Entwicklungspolitik auf die Konfliktlagen in den Entwicklungsländern, schließlich spezifische Fragen einer Strategie der Bewußtseinsbildung und der Erziehung zum Frieden.

Solche Aussprachen, Vorarbeiten und Forschungsergebnisse geben dem Trägerkreis das Rüstzeug für Entscheidungen und vor allem Unterlagen für die katholische Mitarbeit im Deutschen Forum für Entwicklungspolitik, in der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung und für die Wahrnehmung der internationalen Kontakte. So wird im März 1971 in Aachen eine vom Arbeitskreis vorbereitete Konferenz der Europäischen Justitia-et-Pax-Kommissionen stattfinden, bei der die spezifischen Aufgaben der einzelnen nationalen Kommissionen und der Päpstlichen Kommission dargestellt, Möglichkeiten des engeren Austauschs unter den Kommissionen erörtert und Formen des ökumenischen Kontaktes auf nationaler und internationaler Ebene behandelt werden sollen.

Zur Förderung der *ökumenischen Zusammenarbeit* trifft sich der Arbeitskreis bereits seit 1969 in regelmäßigen Abständen mit der Kammer für kirchlichen Entwicklungsdienst der EKD. Beim oben erwähnten Hearing des Bundestagsausschusses hat sich dieser Kontakt in einer gemeinsamen Stellungnahme beider Kirchen niedergeschlagen. Aus der Erkenntnis, daß die Frage der Entwicklungsarbeit in Zukunft entscheidend davon abhängen wird, wieweit auch die Öffentlichkeit für das Entwicklungswerk der Kirchen mobilisiert werden kann, haben beide Gremien durch eine gemeinsame Arbeitsgruppe Materialien für die Bewußtseinsbildung zum Thema „Erziehung zur Entwicklungsverantwortung“ erarbeiten lassen. Ferner ist eine ständige Kooperation der Pressestellen der Werke vereinbart worden. Damit wird der schon seit Jahren bestehende operationale Kontakt zwischen MISEREOR und „Brot für die Welt“ einerseits sowie dem Deutschen Caritasverband und dem Diakonischen Werk andererseits ausgeweitet und intensiviert. Darüber hinaus soll diese Zusammenarbeit durch die gegenseitige Vertretung in internationalen Gremien des Weltkirchenrates, der Päpstlichen Kommission sowie der von Rom und Genf gemeinsam errichteten Ökumenischen Arbeitsgemeinschaft für Gerechtigkeit, Frieden und Entwicklung (SODEPAX) ergänzt

werden. Ferner ist vorgesehen, diese Kooperation auch beim Engagement im Entwicklungsland — in der Projekthilfe, in ökumenischen Kommissionen und bei Konsultationen — wirksam werden zu lassen.

Die weitere Ausgestaltung der Arbeit

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen und der Entwicklung in den letzten Jahren muß dieses für den Außenstehenden sicherlich verwirrende Netzwerk der kirchlichen Aktivitäten im Bereich von Entwicklung und Frieden noch durchsichtiger und effizienter gemacht werden.

Erfreulicherweise ist das Bewußtsein über die Notwendigkeit eines stärkeren Einsatzes für die Verwirklichung des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit in der Welt, insbesondere im kirchlichen Raum, gewachsen. Das beweist auch das Ergebnis der von der katholischen Kirche zur Vorbereitung der Gemeinsamen Synode der Bistümer veranstalteten Umfrage. Mit 70% der Angaben ist das Problem des Friedens an erster Stelle und mit 55% der Angaben das Problem des Hungers in der Welt von den deutschen Katholiken an zweiter Stelle der wichtigsten Fragen eingeordnet worden. Auf örtlicher und regionaler Ebene der Diözesen und Verbände haben sich Aktionsgruppen, Arbeitskreise und Ausschüsse gebildet, die sich für die Bewußtseinsbildung einsetzen und konkrete Aktionen verwirklichen wollen. Diese Gremien können als Relaisstationen eine bedeutende Funktion für die Umsetzung des kirchlichen Engagements in der Öffentlichkeit erfüllen. Daher müssen Wege gefunden werden, die einen ständigen gegenseitigen Kommunikationsprozeß herstellen. Zwar steht jetzt schon genügend Informationsmaterial der kirchlichen Werke für Interessenten zur Verfügung, es wird aber zusehends als ein Mangel der kirchlichen Öffentlichkeitsarbeit empfunden, daß diese Informationen zu sporadisch sind und ein ständiger Austausch der Auffassungen zwischen solchen Basisgruppen und den Koordinationsgremien auf der Ebene des Katholischen Arbeitskreises noch nicht bewerkstelligt worden ist.

Ein weiterer Aspekt betrifft die *wissenschaftliche Bearbeitung* der anstehenden Fragen. Der vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken im Februar 1970 veranstaltete Kongreß über die kirchliche Entwicklungsarbeit hat bereits aufgewiesen, daß die wissenschaftliche Arbeit drin-

gend verstärkt und verselbständigt werden muß. In einer Stellungnahme für das Zentralkomitee hat der Katholische Arbeitskreis dieser Forderung zugestimmt und sich für eine eigenständige und unabhängige wissenschaftliche Grundlagenarbeit ausgesprochen. Bevor Schritte zur Realisierung unternommen werden können, wird jedoch zu klären sein, welche *spezifisch kirchlichen Fragestellungen* einem solchen Institut aufgetragen werden sollten, welche Mittel dazu erforderlich sind und inwieweit Unternehmungen wie die Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung oder das Deutsche Forum für Entwicklungspolitik wissenschaftliche Arbeiten vergeben werden, die dann auch von den Gremien des Katholischen Arbeitskreises genutzt werden können. Auf jeden Fall sollte aber der interdisziplinäre Kontakt der beiden Fachbereiche für Entwicklung und Frieden innerhalb der Wissenschaftlichen Kommission erhalten bleiben.

Schließlich stellt sich die Frage der *Institutionalisierung* des Arbeitskreises. Mit der Intensivierung der Kontakte in den ökumenischen Raum, in die internationalen Gremien, zu den Basisgruppen und zu gesellschaftlichen wie staatlichen Institutionen stellt sich die Frage dringender. Die bisherige Lösung der Zusammenarbeit der Trägerinstitutionen, deren Mitarbeiter die administrativen Aufgaben neben ihrer sonstigen Tätigkeit erfüllen, wird auf die Dauer kaum durchzusetzen sein. Gerade auch vom Aspekt der Öffentlichkeitsarbeit her ist eine Überprüfung der bisherigen Form empfehlenswert.

Entscheidend ist jedoch, daß mit dem Katholischen Arbeitskreis für Entwicklung und Frieden ein Instrumentarium geschaffen wurde, das eine *kontinuierliche Zusammenarbeit der Aktionsträger* sicherstellt und damit im Ansatz verhindert, daß sich die verschiedenen Tätigkeitsbereiche isoliert entwickeln, ohne daß die Träger an eigenständiger Verantwortung und Entscheidungsfähigkeit einbüßen. Mit dem engen Kontakt zur Bischofskonferenz, zu den Gremien der Laienarbeit, zu Experten und Wissenschaftlern ist darüber hinaus ein ständiger gegenseitiger kritischer Dialog sichergestellt. Damit ist jetzt schon ein strukturelles Konzept vorhanden, das entscheidende Voraussetzungen bietet, damit der Beitrag der deutschen Katholiken in den Auseinandersetzungen umfassend, sachverständig und offen für die sich stets wandelnden Fragestellungen geleistet werden kann.

Die argentinische Priesterbewegung für die Dritte Welt

Widerstandsbekundungen aller Art sind im militärregierten Argentinien an der Tagesordnung. Wo immer dort in den letzten Jahren größere Streiks, Protestmärsche, Fabrikbesetzungen, Unruhen, Demonstrationen registriert wurden, verzeichnete die Presse als aktive Teilnehmer oder gar Anstifter „tercermundistas“ — Mitglieder des „Movimiento Sacerdotal para el Tercer Mundo“, der „Priesterbewegung für die Dritte Welt“ (MSTM). Rund 400 der argentinischen Priester (ohne Ordensleute) werden dem MSTM zugerechnet.

Die Anfänge der umstrittensten und „effektivsten“ Priesterbewegung in Lateinamerika reichen in das Jahr 1967 zurück. Damals verpflichtete sich eine Initiativgruppe argentinischer Priester, Ernst zu machen mit dem Aufruf zum Handeln, den die Enzyklika „Populorum progressio“ (März 1967) enthielt und den 18 Bischöfe der Dritten

Welt im August 1967 konkretisierten (vgl. Herder-Korrespondenz 21. Jhg., S. 511ff). In ihrer Botschaft hatten die Bischöfe u. a. geschrieben: „Die Völker der Dritten Welt bilden das Proletariat der gegenwärtigen Menschheit. Sie werden ausgebeutet von den Großen und in ihrer Existenz durch diejenigen bedroht, die sich — nur weil sie die Stärkeren sind — das alleinige Recht anmaßen, auch die Richter und Polizisten der materiell weniger reichen Völker zu sein . . . Sobald ein System aufhört, das Gemeinwohl zu sichern, und dem Profit einiger weniger dient, muß sich die Kirche von dem ungerechten System trennen und bereit sein, mit einem anderen System zusammenzuarbeiten, das den Bedürfnissen der Zeit besser gerecht wird . . . Die Christen haben heute die Aufgabe, zu zeigen, daß der wirkliche Sozialismus wahres, gelebtes Christentum ist, eine soziale Ordnung, in der die